

## **Kurzreferat Ukraine-Krieg auf der LMV der DKP Saarland am 24.07.22**

Thomas Hagenhofer, Bezirksvorsitzender

Liebe Genossinnen und Genossen,

Bertold Brecht schrieb einst:

Die Oberen reden vom Frieden – kleiner Mann, mache Dein Testament!

Diese Zeilen sind leider noch genauso aktuell wie zu Brechts Zeiten. Die Oberen reden ständig vom Frieden. Unter der Losung „Frieden sichern“ wurde in den letzten Jahrzehnten eine unvorstellbare Aufrüstung der NATO-Staaten und gegen alle Verabredungen die Ausdehnung nach Osten betrieben. Unter der Losung „Frieden für den Donbass“ führt Russland einen brutalen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Die russische Regierung hat viel von den westlichen Staaten gelernt, wenn es gilt, einen Krieg zu rechtfertigen. Die Propagandalügen über Massenvernichtungswaffen im Irak sind uns noch gut in Erinnerung.

Die russische Führung glaubt nun, Sicherheit und vergangene zaristische Größe durch Krieg und den Aufbau eines Polizeistaats wiedererlangen zu können. Nichts ist falscher als das. Zigtausende werden für diese Politik sterben, Städte in Schutt und Asche gelegt, Kinder traumatisiert. Wir sagen: Sofort Schluss mit diesem Krieg, der wie immer nur den Scharfmachern, der Rüstungsindustrie und den Reichen nützt.

Mit diesem Krieg erfährt die multiple Krise des Kapitalismus eine tiefgreifende Verschärfung. Selbst verursacht durch die krisenhaften Entwicklungen insbesondere der USA und Russlands erleben wir die gefährlichste Zuspitzung zwischen zwei Atommächten seit der Kubakrise. Beide Weltmächte kämpfen mit militärischen Mitteln gegen ihren globalen Bedeutungsverlust an. Die USA stemmt sich gegen das aufstrebende China. Russlands gesamtem Wirtschaftsmodell, das nahezu völlig abhängig vom Export fossiler Energieträger ist, droht mittelfristig der Kollaps. Vor dem Hintergrund der notwendigen Dekarbonisierung der Weltwirtschaft ist das russische „Geschäftsmodell“ in naher Zukunft nicht mehr aufrecht zu erhalten. Andere Länder wie Saudi-Arabien, die in einer ähnlichen Situation sind, haben schon vor vielen Jahren darauf reagiert und sind massiv in andere Wirtschaftsbereiche vorgestoßen. Diese Veränderungen sind die entscheidenden Ursachen für die nun entstandene Situation. Sie zeigt erneut, dass der Kapitalismus aus sich selbst heraus dauerhaft nicht friedensfähig ist sondern durch Druck zu friedlichen Lösungen gezwungen werden muss.

Ich will nicht mehr intensiver auf die Vorgeschichte und den Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs eingehen, das haben wir auf der letzten Versammlung diskutiert. Ich möchte hierzu nur aus dem lesenswerten Positionspapiers des Bundesausschusses Friedensratschlag vom Juni zitieren. Dort heißt es: „Dieser Krieg in Europa ist wie alle anderen zuvor eine Katastrophe, vor allem für die direkt Betroffenen. Die Regierung der Russischen Föderation hat damit eine Zäsur in ihren Beziehungen zum Westen vollzogen. Statt sich weiter auf diplomatischem Wege um einen Abbau der Spannungen und um Sicherheitsvereinbarungen zu bemühen, verschärfte sie nun durch ihr militärisches Vorgehen selbst die Konfrontation. Die NATO-Staaten halten frontal dagegen und eskalieren sie durch ihre massive militärische und propagandistische Unterstützung Kiews und einen umfassenden Wirtschaftskrieg weiter.“

Der Krieg führt zur Zerstörung und Verwüstung immer weiterer Städte und Regionen in der Ukraine, zu andauerndem Sterben und Leid der Zivilbevölkerung. Schon in den ersten Wochen haben wir vor Entwicklungen wie in Syrien gewarnt. Wir alle erleben nun, dass dieser Krieg darüber hinaus zu massiven Verschlechterungen des Lebens weltweit führt. Er ist sozusagen der Katalysator für alle vorhandenen globalen Krisen:

Gab es vor dem Krieg gerade noch minimale Chancen, den Klimakollaps unter kapitalistischen Gesellschaftsbedingungen zu verhindern, so ist nun eine Situation eingetreten, die die Pariser Klimaziele gänzlich zu einer Illusion gemacht haben. Wir haben die schnellen Kehrtwenden insbesondere der Grünen erlebt. Die Klimaziele werden reihenweise kassiert. Es gilt das Motto: Was interessiert uns, unser Geschwätz von gestern. Das verschärfte Wettrüsten wird sehr schnell dazu führen, dass große Klimavorhaben nicht mehr finanzierbar sein werden – alle anderslautenden Beteuerungen sind heiße Luft. Stattdessen Rückkehr von Kohle und Atom. Auf dem aktuellen Niveau der internationalen Zusammenarbeit können andere drängende Menschheitsfragen wie das Artensterben, die Vermüllung der Ozeane oder Wassermangel ihrer Lösung nicht näher gebracht werden. Dazu droht eine tiefe Rezession mit noch unabsehbaren Folgen für die politische Lage auch bei uns. Die blau lackierten Faschisten stehen schon in den Startlöchern, um diese Situation zu nutzen.

Der bereits vor dem Krieg angewachsene Hunger wird sich weiter verschärfen. Die ausfallenden Getreidelieferungen verschlechtern die bereits durch die Pandemie angespannte Situation weiter. Wenigstens hier gibt es eine Entspannung durch die Abkommen in dieser Woche. Und auch in den entwickelten kapitalistischen Ländern steigt die Armut. Das große Zittern vor der nächsten Jahresabrechnung für Gas, Fernwärme, Heizöl oder Strom erfasst insbesondere Menschen, die derzeit gerade so oder jetzt schon nicht mehr über die Runden kommen. Die bisher beschlossenen und angekündigten Unterstützungsleistungen reichen hinten und vorn nicht aus.

All dies zeigt, wie dringlich es ist, dass dieser Krieg so schnell wie möglich beendet wird.

Hier ist natürlich der Aggressor Russland in erster Linie gefordert, zeigt aber keinerlei Einlenken. Gleichzeitig wollen einige NATO-Staaten unter Führung der USA den Krieg ihrerseits nutzen, um Russland maximal möglich zu schaden. Beide Seiten wollen in verbrecherischer Weise bis zum Sieg kämpfen. Und so ist es kein Wunder, dass vernünftige Vorschläge zur Beendigung des Krieges, wie die der italienischen Regierungen, derzeit keine Chance haben.

Manche sagen nun, mit Putin kann man nicht verhandeln. Aber mit wem soll man denn Frieden schließen, wenn nicht mit dem Feind. Haben wir denn nichts aus der Vergangenheit gerade in unserer Region gelernt? Wo wären wir heute, wenn die Propaganda von der beidseitigen Erzfeindschaft zwischen Deutschen und Franzosen weiter in den Köpfen grassiert hätte?

Und so gibt es derzeit für ein Kriegsende wenig Chancen. Weder Russland noch die Ukraine und die NATO wollen diesen Krieg beenden. Die Entscheidung soll „auf dem Schlachtfeld fallen“ – was für eine zynische menschenverachtende Politik.

In Deutschland gerät die Friedenbewegung immer stärker unter Druck. Jede Kritik an der NATO wird in den Medien als Stimme für Russland interpretiert. Die politische Lage ist ein nicht endender Alptraum, der fatale Wirkungen auf linke und soziale Bewegungen hat.

Felix Bartels schreibt völlig zurecht auf [kommunisten.de](http://kommunisten.de): „Wir werden auf Jahre mit den Aufräumarbeiten des zertrümmerten linken Spektrums beschäftigt sein. Es wird Leute geben, die sich aus Trotz einigeln und die russische Invasion nachträglich immer logischer und angemessener finden. Es wird Leute geben, die endgültig verloren sind an die bundesdeutsche Zivilgesellschaft, wo sie ihren Frieden mit dem Imperialismus der westlichen Staaten machen und die Scham über diese Preisgabe linker Positionen durch einen exklusiv anti-russischen Antiimperialismus auszugleichen suchen. Es wird Leute geben, die sich irgendwann wieder erinnern, dass auch das US-Militär Kriege geführt hat mit hunderttausenden Toten, mit Folter und Kriegsverbrechen, aus denselben Interessen heraus wie die anderen imperialistischen Akteure, und diese Leute, die langsam wieder zu sich kommen, werden es schwer haben, ohne Scham zu klassischen und bewährten Positionen der Linken zurückzukehren. Auch dieser Prozess also – diese gigantische opportunistische Umwälzung der einzigen Bewegung,

die dem real existierenden Kapitalismus wenigstens etwas Widerstand entgegensetzt – war ein Grund, am 24. Februar an der marxistischen Analyse und an den linken Positionen, die sich aus ihr ergeben, festzuhalten. Denn er ist der größte Begleitschaden dieses Krieges.“

Tomasz Konicz schreibt über den Zusammenhang der verschiedenen sich überlagernden Krisen:

„Imperialistisches Dominanzstreben tritt auch in Wechselwirkung mit der ökologischen Krise des Kapitals, das aufgrund seines Wachstumszwangs unfähig ist, eine ressourcen- und klimaschonende Reproduktion der Menschheit zu etablieren. Hierzu zählen etwa die Spannungen im hohen Norden, in der Arktis, wo die rasch abschmelzende Eisdecke neue Schifffahrtswege eröffnet und neue Lagerstätten fossiler Energieträger zugänglich macht – und um deren Abbau sich die Anrainer Russland, USA, Kanada und EU streiten. Auch der Konflikt zwischen Russland und dem Westen um die Ukraine, der 2013 als Kampf konkurrierender Wirtschaftsräume begann (EU und USA gegen Putins angestrebte ‚Eurasische Union‘), weist inzwischen eine klimapolitische Komponente auf. Die Ukraine verfügt über sehr fruchtbare Schwarzerde-Böden, die angesichts der sich abzeichnenden, klimatisch bedingten Nahrungsmittelengpässe und kommender Hungerkrisen als geopolitischer Machthebel rasch an Wert gewinnen – Nahrung könnte das Öl des 21. Jahrhunderts werden.

Die Krise treibt somit die spätkapitalistischen Staatsmonster sowohl in ihrer ökonomischen wie ökologischen Dimension in die Konfrontation.“

Liebe Genossinnen und Genossen,

angesichts der jüngsten Entwicklungen schlägt der Bezirksvorstand vor, unsere Beschlüsse auf der letzten Versammlung zu bekräftigen. Sie waren und sind ein wichtiger Beitrag in den Debatten der Friedensbewegung im Saarland.

Der Parteivorstand hatte seinen Initiativantrag auf dem Parteitag als vermeintlichen Kompromiss dargestellt, der keine Positionierung zu den Ursachen des Krieges vornimmt. Es war eine Mogelpackung. In Wahrheit verbindet er zwei Positionen in der DKP: Diejenigen, die eine offene Parteinahme für Russland wollen und denen, die zumindest den Angriff auf die Gesamtukraine missbilligen, aber diesen dennoch rechtfertigen. Es ist quasi der umgedrehte Bellizismus unserer Medien, der hier zum Ausdruck kommt. Patriks Referat hat versucht, diese beiden Positionen zu versöhnen, unsere wurde ausgegrenzt. Dies ist die aktuelle Zählgemeinschaft zur Beschaffung von Mehrheiten in der DKP. Beide Positionen sind mit unserem Parteiprogramm unvereinbar.

Hier nochmals die entsprechende Stelle im Parteiprogramm: „Die DKP kämpft in und mit der Friedensbewegung für eine Welt, in der die internationalen Beziehungen auf dem Prinzip der Gleichberechtigung, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, auf nationaler Souveränität und der territorialen Integrität aller Staaten beruhen. Sie tritt dafür ein, die UNO und das Völkerrecht zu stärken. Für dieses Ziel ist es notwendig, die UNO zu demokratisieren. Jede imperialistische Hegemonial-, Gewalt- und Interventionspolitik muss geächtet werden.“

Nicht wir haben unsere friedenspolitischen Grundsätze geändert, sondern die Bundespartei. Wir haben jede Legitimation an den friedenspolitischen Grundwerten der Partei festzuhalten, in die wir eingetreten sind. Mit einer heutigen DKP wäre unsere kluge Politik der 80er Jahre, die viel zur Herausbildung der Massenbewegung gegen neue Mittelstreckenraketen beigetragen hat, nicht möglich gewesen. Diese Veränderung ist einschneidend und sie spitzt die politische und organisatorische Krise der DKP deutlich zu. Ich hoffe sehr, dass die sektiererischen Positionen in der Friedensfrage, aber auch andere in der Umwelt-, Corona- und Bündnispolitik, überwunden werden können – sehe derzeit aber keine Chance dazu. Der Parteitag zeigte dies auch an der Art und Weise, wie mit den Anträgen aus Erlangen und unserem Bezirk umgegangen wurde. Mit Verfahrenstricks

wurde verhindert, dass diese Anträge überhaupt zur Abstimmung kamen. Deutlicher können die negativen Veränderungen in der DKP nicht zutage treten.

Deshalb bleibt unsere Forderung: Sofortiger Waffenstillstand und Frieden zwischen Ukraine und Russland“ richtig – die einseitige Losung „Frieden mit Russland“ schadet unserer Partei enorm. Wie soll das Pressefest der DKP so zu einem Friedensfest werden? Wird es nicht eher eine Veranstaltung der einseitigen Parteinahme mit Russland, sozusagen ein Fest des russischen Siegfriedens? Nicht nur die Parteitagsbeschlüsse sondern auch die aktuelle Berichterstattung zum Krieg in der uz deuten darauf hin. Da wird ein politisches Zerrbild vermittelt. Höhepunkt war diese Woche der Beitrag von Bruno Mahlow, der Russland empfiehlt, seine Einflussphäre bis vor die Tore der USA auszuweiten. Mehr politisches Abenteuerertum geht nicht. Künstler\*innen wie Kai Degenhardt haben deshalb ihre Teilnahme am Fest abgesagt. Es wird immer deutlicher, wie diese Politik die DKP ins Abseits steuert.

Um es nochmals deutlich zu sagen: Wir verurteilen die Aggressivität der NATO, ihre Hochrüstung und Osterweiterung scharf. Durch diese Politik ist die heutige Situation maßgeblich entstanden.

Aber wir haben genauso maximale, größtmögliche Distanz zu einem Polizeistaat Russland und seiner Führung, die andere Länder überfällt, diesen ihr Existenzrecht abspricht und einen brutalen Krieg führt, der völlig unnötigerweise begonnen wurde. Wäre es nicht auch um zaristische Großmachtfantasien gegangen, hätte die russische Führung aufgrund der Energieabhängigkeit Europas mit viel milderem Mitteln ihre Sicherheitsinteressen gegenüber der NATO durchsetzen können. Sie haben sich für Krieg entschieden – das muss von uns KommunistInnen in eindeutiger Weise verurteilt und zurückgewiesen werden- nicht zuletzt wegen der Gefahr der Ausweitung des Krieges und eines atomaren Infernos.

Wie bereits gesagt, hat sich die Situation nach dem russischen Überfall in Bezug auf das Pressefest deutlich geändert:

Erstens gibt es keine überzeugende politische Grundlage zur Durchführung eines Festes des Friedens durch die beschlossenen Positionen des Parteitags.

Zweitens macht die Verlegung nach Berlin das Fest für unseren Bezirk unattraktiv, wer nimmt die Strapazen und Kosten für eine solche Reise auf sich?

Drittens hat das Straßenfest einen völlig anderen Charakter als das traditionelle Pressefest, zudem ist die Durchführung in der Mitte von Berlin offensichtlich mit sehr hohen Kosten verbunden und sorgen zusätzlich für eine unnötige Belastung der Finanzlage der Partei.

Wir bitten alle, die dennoch nach Berlin fahren werden, das Fest organisatorisch zu unterstützen. Es werden Helfer\*innen im Schichtdienst gesucht. Dies kann entweder durch eine Meldung an den Bezirksvorstand oder direkt an den Parteivorstand erfolgen. Aus oben genannten Gründen werden wir am Samstag, 27.08.22 hier am Naturfreundehaus ein Sommerfest mit Politik und Live-Musik durchführen und laden Euch herzlich dazu ein.

Ich danke für Eure Aufmerksamkeit.